

## **Stellungnahme der Deutschen DepressionsLiga e.V. zum 13. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) – Bürgergeld**

Die Deutsche DepressionsLiga e.V. blickt mit großer Sorge auf die geplanten Änderungen im Bereich der Grundsicherung. Aus Sicht von Menschen mit Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen bergen die Reformvorschläge erhebliche Risiken, sowohl für die psychische Stabilität der Betroffenen als auch für ihre soziale Sicherheit.

Psychische Erkrankungen wie Depressionen sind oft mit Antriebsverlust, Konzentrationsschwierigkeiten, Überforderungssensibilität und einer reduzierten Belastbarkeit verbunden. Maßnahmen, die bürokratische Hürden erhöhen, Druck aufbauen oder den Betroffenen Misstrauen entgegenbringen, stehen im Widerspruch zu grundlegenden Prinzipien einer gesundheitlich wie sozial verantwortungsvollen Politik.

### **Erhöhte Belastung durch Misstrauenslogik und zusätzliche Pflichten**

Die geplanten Verschärfungen, insbesondere erweiterte Mitwirkungspflichten, verpflichtende Vorsprachen und zu eng gesetzte Fristen verstärken ein Klima des Misstrauens. Aus unserer Erfahrung als Betroffenenvertretung wissen wir, dass solche Vorgaben bei psychisch erkrankten Menschen nicht zu mehr Stabilität oder Erwerbsintegration führen, sondern das Gegenteil bewirken können: Sie erhöhen den Druck, verstärken Symptome und erschweren eine nachhaltige Genesung.

Psychische Erkrankungen lassen sich nicht durch Verwaltungsakte, Fristen oder Vorsprachen überprüfen. Wenn solche Maßnahmen faktisch zur Prüfung der Leistungsberechtigung genutzt werden, führt dies zu Stigmatisierung und zu einem Misstrauensvorschuss gegenüber Menschen, die ohnehin gegen Vorurteile ankämpfen müssen.

### **Gefährdung der Wohnsicherheit durch Vermieterrüge**

Als besonders kritisch bewerten wir die geplante Verpflichtung zur formellen Rüge von Vermieter:innen, bevor Kosten für Unterkunft übernommen werden. Viele Menschen scheuen diesen Schritt aus Angst vor Konflikten, vor Konsequenzen oder vor

Mietkündigungen. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen kann eine solche Pflicht eine unüberwindbare Hürde darstellen. Diejenigen, die aufgrund ihrer

Erkrankung nicht in der Lage sind, einen solchen Konflikt aktiv auszutragen, geraten in Gefahr, ihren Wohnraum zu verlieren. Wohnungslosigkeit oder instabile Wohnverhältnisse sind jedoch erwiesenermaßen Faktoren, die psychische Erkrankungen massiv verschlimmern.

|   |  |  |
|---|--|--|
| <b>Deutsche DepressionsLiga e.V.</b><br>Oppelner Straße 130<br>53119 Bonn<br>E-Mail: <a href="mailto:kontakt@depressionsliga.de">kontakt@depressionsliga.de</a><br>Telefon: +49 228 / 24065772<br>Website: <a href="http://www.depressionsliga.de">www.depressionsliga.de</a> | <b>Vorstand</b><br>Jürgen Leuther<br>Ute Trescher<br>Michael Bergmann<br>Gabriele Liebermann<br>Oliver Vorthmann<br>Heike Marquitan<br>Jonas Schmidt | <b>Registergericht</b><br>Amtsgericht Bonn<br>VR 11406 |
|   |  | <b>Steuernummer</b><br>205/5761/2277                   |

## Lebenswirklichkeiten statt Sanktionen

Die geplanten Maßnahmen werden den Lebensrealitäten von Menschen mit Depressionen, Angststörungen und anderen psychischen Belastungen nicht gerecht. Viele Betroffene erleben bereits jetzt die Anforderungen des Leistungsbezugs als überfordernd. Sanktionen oder Druck verschlimmern diese Situation und verhindern, dass Menschen die Stabilität erreichen, die notwendig wäre, um langfristig wieder am Arbeitsleben teilhaben zu können.

### Forderungen der Deutschen DepressionsLiga e.V.

Die DDL fordert die Bundesregierung nachdrücklich auf:

- 1. Auf Maßnahmen zu verzichten, die psychisch erkrankte Menschen strukturell unter Druck setzen oder implizit verdächtigen.**  
Eine sozialpolitische Regelung darf nicht auf Misstrauen basieren, sondern muss die psychische Gesundheit der Betroffenen berücksichtigen.
- 2. Die geplante Vermieterrüge vollständig zurückzunehmen**, um die Wohnsicherheit von Bürgergeldbeziehenden zu schützen. Wohnraum ist Grundvoraussetzung für jede Form der Stabilisierung und Teilhabe.
- 3. Eine Sozialpolitik zu gestalten, die Stabilität, Vertrauen und psychosoziale Unterstützung stärkt**, anstatt Menschen mit chronischen Erkrankungen durch Sanktionen zusätzlich zu belasten.

Die Deutsche DepressionsLiga e.V. steht für eine sozialpolitische Ausrichtung, die Betroffene ernst nimmt, respektiert und unterstützt. Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen Sicherheit, Verlässlichkeit und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfe – nicht zusätzlichen Druck, der ihre Erkrankung verschärfen kann.

Bonn, 19.11.2025  
Deutsche DepressionsLiga e.V.

Der Vorstand

---

**Deutsche DepressionsLiga e.V.**  
Oppelner Straße 130  
53119 Bonn  
E-Mail: [kontakt@depressionsliga.de](mailto:kontakt@depressionsliga.de)  
Telefon: +49 228 / 24065772  
Website: [www.depressionsliga.de](http://www.depressionsliga.de)

**Vorstand**  
Jürgen Leuther  
Ute Trescher  
Michael Bergmann  
Gabriele Liebermann  
Oliver Vorthmann  
Heike Marquitan  
Jonas Schmidt

**Registergericht**  
Amtsgericht Bonn  
VR 11406  
**Steuernummer**  
205/5761/2277